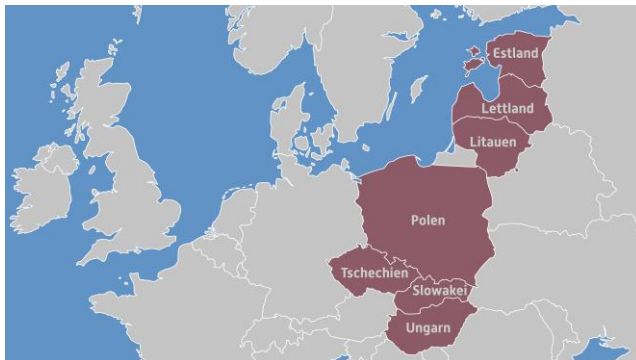




OA-Update 2020/12, 16.12.2020

# Mittelosteuropa



Die 20er Jahre begann für uns alle mit Covid-19 unerwartet und überraschend. Mit der Formulierung „never waste a crisis“ versuchen Engländer in schwierigen Zeiten optimistisch zu bleiben. Auch der Ost-Ausschuss bemühte sich, der Krise etwas Positives abzugewinnen und angesichts eingeschränkter Vernetzungsmöglichkeiten voll auf Digitalisierung zu setzen.

Die Regionaldirektion Mittelosteuropa führte allein zwölf erfolgreiche Videokonferenzen mit über 500 Mitwirkenden durch. Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern, Partnern und Stakeholdern für die rege Beteiligung. Dabei dürfen die Leserinnen und Leser der Updates natürlich nicht außen vor bleiben, auch Ihnen gebührt an dieser Stelle unser Dank für stetiges Interesse.

Die Regionaldirektion Mittelosteuropa führte allein zwölf erfolgreiche Videokonferenzen mit über 500 Mitwirkenden durch. Wir bedanken uns bei allen Mitgliedern, Partnern und Stakeholdern für die rege Beteiligung. Dabei dürfen die Leserinnen und Leser der Updates natürlich nicht außen vor bleiben, auch Ihnen gebührt an dieser Stelle unser Dank für stetiges Interesse.

Mit der 12. Ausgabe 2020 endet auch die redaktionelle Arbeit in diesem Corona-Jahr. Daher freut es uns besonders, dass wir uns mit einigen positiven Nachrichten verabschieden können. Beispielsweise haben sich die Regierungschefs der EU am 10. Dezember auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027 und das Konjunkturprogramm „Next Generation EU“ geeinigt.

Wir wünschen Ihnen frohe Festtage und einige ruhige Momente, um das turbulente Jahr mit all seinen Krisen und Facetten zu rekapitulieren – und ihm eventuell auch einige positive Seiten abzugewinnen. Hier die aktuellen Themen:

- **Top Ereignisse 2020 und Ausblick**
- **MOE und Einigung auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027**
- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Veranstaltungsnachlese**

- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

## Top-Ereignisse 2020 und Ausblick

---

Die 20er Jahre des 21. Jahrhunderts sollten die Länder **Mittelosteuropa endlich ans Ziel bringen**: auf ein- und dasselbe wirtschaftliche Niveau wie Deutschland. Nicht Portugal, Griechenland oder Spanien sind die Messlatte von Polen, der Slowakei, Tschechien und Ungarn. Es ist vor allem Deutschland und dessen hoher Lebensstandard, an dem man sich misst. Zwanzig Jahre nach der politischen Rückkehr nach Europa, die durch den EU- und NATO-Beitritt zu Beginn des Jahrtausends besiegelt wurde, sollten **die neuen „Goldenen Zwanziger“ die Ära der wirtschaftlichen Parität** einleiten.

Bereits in den Jahren seit dem EU-Beitritt hatte die Region einen rasanten wirtschaftlichen Aufstieg hingelegt. Polen löste 2019 sogar Großbritannien als sechstwichtigsten Handelspartner der Bundesrepublik ab. Auch Tschechien, Ungarn und die Slowakei kletterten unter Deutschlands wichtigsten Wirtschaftspartnern immer weiter nach oben. Deutsche Investoren - nicht zuletzt aus dem Automobilsektor - haben unzählige Werke in der Region gebaut. Zuletzt konnte Ungarn ein neues BMW-Werk anlocken. Mit der globalen Pandemie hatte aber auf einmal das Krisenmanagement Vorrang vor neuen Investitionen.

In der ersten Welle glänzten die Länder durch **schnelles, entschiedenes und effizientes Handeln**: das östliche Europa wurde von der Pandemie weit weniger erfasst als der westliche Teil. Doch von der zweiten Welle wurden die Länder mindestens genauso hart getroffen wie „Old Europe“, allen voran unser Nachbar Tschechien. Kein anderes Land der Region steht mehr für die Höhen und Tiefen dieses Jahres. Anfangs noch als Musterschüler gelobt, wurde **Tschechien mit der zweiten Welle und den höchsten Inzidenzwerten weltweit zum europäischen Sorgenkind**.

Zum Ende des Jahres scheinen Polen und Tschechien, aber auch die Slowakei und Ungarn nun aber wieder auf einem guten Weg zu sein, was die Bekämpfung der Pandemie betrifft. Auch der Impfstoff ist inzwischen in greifbare Nähe gerückt. Wird die **Corona Krise doch nur ein statistischer Ausreißer** in der steil nach oben zeigenden wirtschaftlichen Aufholjagd der Länder bleiben?

Dank eines historischen Kompromisses scheint diese Lesart wieder realistisch. Betrachtet man die künftigen EU-Mittel, die in die Länder der Viségrad-Gruppe fließen werden, spricht vieles für die **Fortsetzung der Aufholjagd**. Schätzungen zufolge wird allein **Polen in den kommenden sieben Jahren rund 175 Milliarden Euro aus EU-Fördermitteln erhalten**. Das sind 25 Milliarden pro Jahr, was rund fünf Prozent der Wirtschaftsleistung entspricht. Das Land ist mit Fördersummen von 75 Milliarden Euro sowohl EU-Spitzenreiter bei den Kohäsionsfonds als auch beim Just Transition Fund.

Insgesamt fließt **jeder dritte Euro aus den Kohäsionstöpfen der EU in die Viségrad-Gruppe**. Verbessert sich die weltwirtschaftliche Lage, könnten die Länder Dank des Turboboosters

aus der EU schon wieder auf der **Überholspur fahren** – oder eben auch, wie man es in Bratislava, Budapest, Prag und Warschau gerne sieht - rasen.

Die folgenden Ereignisse prägten das Jahr 2020 in unserer Region in besonderer Weise:

- Am 21. März tritt die von der SMER geführte slowakische Regierung nach acht Jahren ab. Neuer Ministerpräsident wird der bislang kaum bekannte **Igor Matovič**. Doch seine internationale Unbekanntheit schützt nicht vor einer historischen Aufgabe: Die neue slowakische Regierung ist die einzige weltweit, die vom ersten Amtstag an mit der globalen Pandemie zu kämpfen hat.
- Ende Juni und Anfang Juli finden in **Polen Präsidentschaftswahlen** statt. Beobachter sehen das Land an einem Scheideweg. Von einer „Schicksalswahl“ ist die Rede. Amtsinhaber Andrzej Duda setzt sich knapp gegen seinen Herausforderer Rafał Trzaskowski durch. Duda gewinnt die zweite Runde mit einem Vorsprung von 430.000 Stimmen. Der polnische **Premierminister Morawiecki kündigt in Folge des knappen Wahlsiegs eine Regierungsumbildung** an.
- Am 21. Juli einigen sich die EU-Regierungschefs bei einer mehr als **70 Stunden dauernden Marathonsitzung** auf einen neuen Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) und das historische Konjunkturprogramm „Next Generation EU“ (NGEU). Drei Monate später, am 16. November, legten der polnische und ungarische Botschafter bei den fortgeschrittenen Verhandlungen ihr **Veto** ein, weil sie einen neuen Rechtsstaatsmechanismus der EU ablehnen. Dank einer diplomatischen Glanzleistung der Bundesregierung wird ein Kompromiss gefunden und sowohl der MFR als auch das NGEU am 10. Dezember von den Regierungschefs doch noch verabschiedet. **Polen und Ungarn votieren dafür**.
- Dennoch ist 2020 für Polen historisch ein negatives Jahr: Erstmals seit Ende des Kommunismus wird das Land 2020 in die Rezession rutschen. Unser Nachbar kommt aber vergleichsweise gut durch die Krise.

## MOE und Einigung auf den Mehrjährigen Finanzrahmen 2021-2027

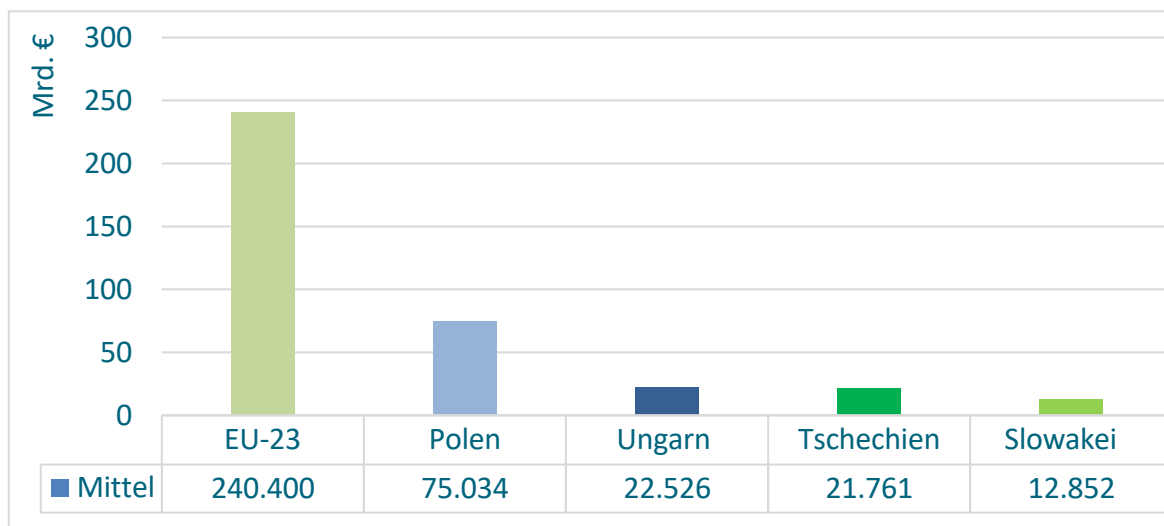
Am 10. Dezember einigten sich die Regierungschefs der Europäischen Union im Europäischen Rat auf den künftigen Mehrjährigen Finanzrahmen 2021 – 2027, das Konjunkturpaket „Next Generation EU“ sowie den Rechtsstaatlichkeitsmechanismus. Das Paket umfasst ein Volumen von rund 1,8 Billionen Euro. Die Verabschiedung gilt als **Glanzleistung der deutschen Diplomatie**. Den deutschen Verhandlern ist es gelungen, ein für alle Akteure akzeptables Gesamtpaket zu verhandeln. Zu den Einzelheiten:

## Mehrjähriger Finanzrahmen 2021 – 2027 und Mittelosteuropa

Der kommende Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) umfasst 1.074 Billionen Euro. Polen, die Slowakei, Tschechien und Ungarn profitierten in den letzten Jahren sehr von den Kohäsionsfördermitteln. Diese kurbelten zusammen mit der starken Binnennachfrage und den steigenden Exporten die hiesigen Volkswirtschaften an. Daher lohnt sich ein Einblick in die künftige Vergabe von Kohäsionsfonds besonders.

Für die innereuropäische Kohäsion stehen insgesamt rund 372 Milliarden Euro zur Verfügung. Auf die Länder der Viségrad-Gruppe entfallen addiert 132 Milliarden Euro - damit geht **jeder dritte „Kohäsionseuro“ nach Polen, Tschechien, Ungarn oder in die Slowakei**. Mit dieser massiven Unterstützung sollten die Länder wieder schnell in die Wachstumspur zurückfinden und wieder europäische Wachstumschampions werden. Folgende Grafik verdeutlicht die Verteilung der Kohäsionsmittel:

**Grafik: MFR 2021- 2027: Verteilung der Kohäsionsfonds an die EU-Mitglieder**



Quelle: [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about\\_the\\_european\\_commission/eu\\_budget/1\\_table\\_breakdown\\_of\\_cohesion\\_policy\\_current\\_prices.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/1_table_breakdown_of_cohesion_policy_current_prices.pdf)

**Polen ist mit 75 Milliarden Euro der mit Abstand größte Profiteur der Kohäsionsgelder.** Auf unser Nachbarland entfallen rund 18 Prozent aller Mittel aus diesem Topf. Jeder fünfte Kohäsionseuro geht damit an Polen. In Verbindung mit der traditionell sehr effektiven polnischen Mittelverwendung dürfte dies wieder zu einem starken Wachstum der polnischen Volkswirtschaft führen.

Nach Italien (42 Mrd. €), Spanien (35 Mrd. €), Rumänien (30 Mrd. €), Portugal (23 Mrd. €) und Griechenland (21 Mrd. €) folgt aus Mittelosteuropa **Ungarn mit 22 Mrd. Euro auf Platz sieben** und **Tschechien mit 21 Mrd. Euro auf Platz acht** der EU-Tabelle. Auf die **Slowakei entfallen fast 13 Milliarden Euro**. Das sind nur drei Milliarden weniger als auf Frankreich (16 Mrd. €).

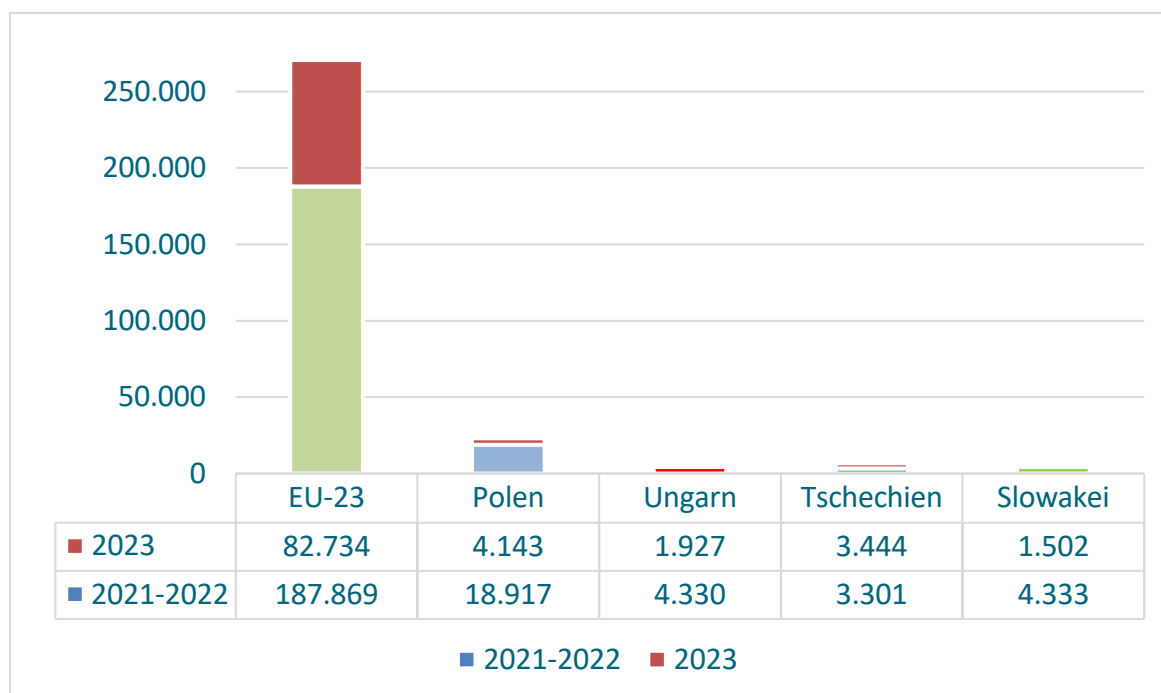
Die **ausgehandelte Verteilung der Kohäsionsgelder kann als klarer Erfolg für die Visegrad-Gruppe** gewertet werden, verdeutlicht allerdings gleichzeitig noch den Nachholbedarf in den strukturschwachen Regionen Mittelosteuropas.

### Recovery Plan: Next Generation EU

Etwas differenzierter gestaltet sich die Auswertung der Zuschüsse aus dem Konjunkturprogramm „**Next Generation EU**“. Das gesamte Paket umfasst 750 Milliarden Euro, allein auf das Herzstück, die sog. „Aufbau und Resilienzfazilität“, entfallen 672,5 Milliarden Euro. Die EU hat die Verteilung der Zuschüsse, nicht aber der ebenfalls dazugehörenden Kredite veröffentlicht.

Als größte Volkswirtschaft in MOE ist **Polen wiederum der größte Profiteur der Region – innerhalb der EU liegt unser Nachbar mit 23 Milliarden Euro** allerdings deutlich hinter den Spitzenreitern Italien (65 Mrd. €), Spanien (59 Mrd. €), Frankreich (37 Mrd. €) auf dem vierten Platz. Damit liegt Polen in etwa gleichauf mit Deutschland (22 Mrd. Euro). **Tschechien und Ungarn können mit rund 7 Milliarden und die Slowakei mit rund 6 Milliarden Euro** rechnen.

**Grafik: Next Generation EU: Verteilung der Mittel an die EU-Mitglieder**



Quelle: [https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about\\_the\\_european\\_commission/eu\\_budget/recovery\\_and\\_resilience\\_facility\\_.pdf](https://ec.europa.eu/info/sites/info/files/about_the_european_commission/eu_budget/recovery_and_resilience_facility_.pdf)

### Rechtsstaatlichkeitsmechanismus

Eine Einigung konnte auch in Hinblick auf den von Ungarn und Polen lange abgelehnten **Rechtsstaatsmechanismus** erzielt werden. Zu den Eckpunkten des Kompromisses:

- EU-Mitgliedsländern können Fördermittel gestrichen werden, wenn die Kommission Verstöße gegen die Rechtsstaatlichkeit feststellt und die Mitgliederländer dies mit einer qualifizierten Mehrheit bestätigen.
- Der Mechanismus wird um eine Zusatzklärung ergänzt. Diese legt die Regularien fest.
- Der Rechtsstaatlichkeitsmechanismus wird erst angewandt, nachdem der Europäische Gerichtshof (EuGH) ein Urteil gesprochen hat.
- Der Mechanismus wird nicht auf den letzten Haushalt 2014 – 2020 angewendet. Eine rückwirkende Kürzung ist daher nicht möglich.

Der Ost-Ausschuss begrüßte die gefundene Einigung. Das Statement unseres Vorsitzenden Oliver Hermes finden Sie [hier](#).

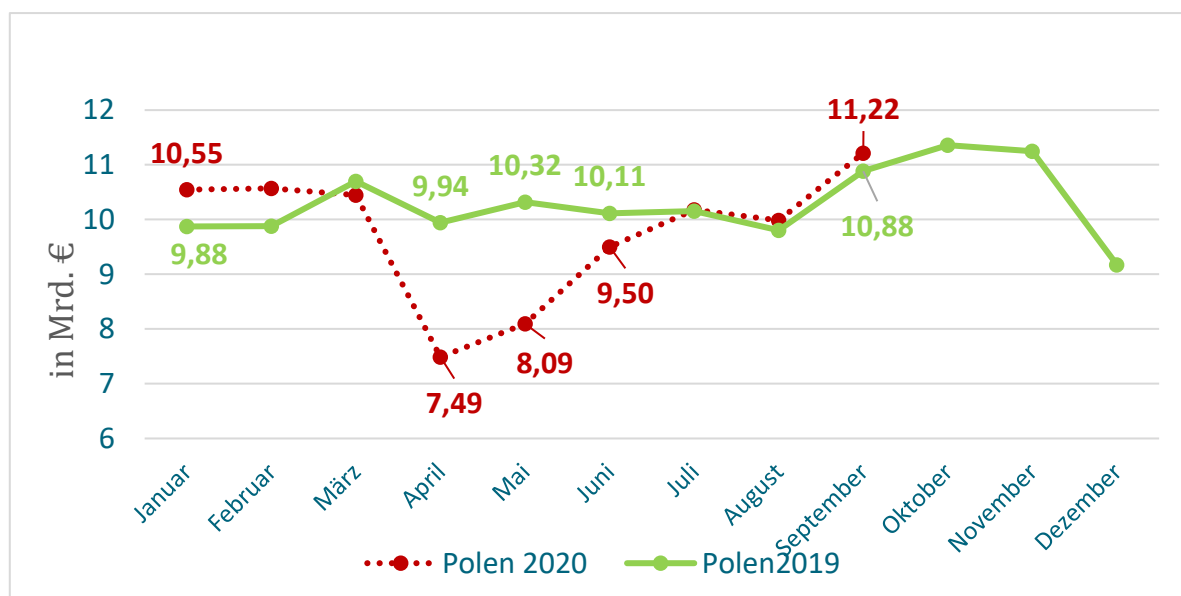
## Wirtschaftspolitik

### Polen

Zum „new normal“ im Jahr 2020 gehört auch, dass sich insbesondere der bilaterale Warenaustausch mit Polen zum **Stabilisator für den gesamten deutschen Außenhandel** entwickelt hat. Zwar setzt sich nicht die Dynamik der vergangenen Jahre fort, der Handel Deutschlands mit Polen gab in den ersten neun Monaten 2020 aber nur um 4,0 Prozent nach. Dies ist unter den TOP-5 Handelspartnern **in Mittel- und Osteuropa der geringste Einbruch**. Der Handel mit Tschechien (-13,6%), Ungarn (-10,4%), Russland (-24,6%) und Rumänien (-13,4%) ist deutlich stärker eingebrochen.

Folgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung des deutsch-polnischen Handels im Jahr 2020. Im Januar und Februar hielt die Dynamik aus den Vorjahren an, als Polen sich vor Großbritannien auf Platz fünf der globalen Handelspartner der Bundesrepublik schob. Der **vergleichsweise milde Einbruch im April konnte in den Folgemonaten weiter verringert** werden. Bereits ab Juli waren die Monatsergebnisse sogar stärker, als die Vorgaben aus dem Vorjahr.. Dies führte unter anderem dazu, dass Polen inzwischen auf Platz fünf der deutschen Außenhandelspartner vor Italien vorgerückt ist.

**Grafik: Deutsch-Polnischer Handel im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019**



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen

Die Zahl der Corona-Infektionen in Polen belief sich am 9. Dezember auf 1.076.180. Zwei Monate zuvor gab es erst rund 100.000 Fälle. Glücklicherweise scheint die **Infektionsdynamik nun aber ihren Höhepunkt durchschritten** zu haben. Am 8. Dezember wurden 8.310 neue Fälle gemeldet, in den Wochen zuvor gab es teilweise über 20.000 Infektionsmeldungen an einem Tag.

Die **IHK Ostbrandenburg hat eine Studie** zum „**Pendeln in Zeiten der Pandemie**“ verfasst. Diese finden Sie [hier](#).

## Tschechien

Rund 4,8 Prozent der Bevölkerung Tschechiens haben sich bereits einmal mit Corona infiziert (Deutschland 1,4 Prozent). Damit belegt unser Nachbarland einen weltweiten Spitzenplatz. Per 14. Dezember gab es insgesamt 579.079 Fälle. Ähnlich wie in Polen hat sich **die Lage aber auch in Tschechien in den letzten Tagen etwas entspannt**. Am 13. Dezember wurden nur noch 3.657 Neuinfektionen gemeldet.

Ende November hat die EU-Kommission einen **Interessenskonflikt des tschechischen Premierministers und Unternehmers Andrej Babiš** festgestellt. Beobachter gehen davon aus, dass der Premier nun zwei Optionen hat: den Verkauf seiner Firmen oder ein politischer Rücktritt. Die derzeitige Variante, die Auslagerung der Firmenanteil des Premiers in einen Treuhandfonds sei nicht ausreichend, so die EU-Kommission, da der Premier immer noch Einfluss auf die Unternehmensentscheidungen nehme. Hintergrund ist, dass die zum Premier gehörende Agrofert-Gruppe zu den größten Profiteuren von EU-Fördermitteln in Tschechien zählt und der Premier kraft seines Amtes Einfluss auf die nationale Verteilung der Fördermittel nehmen könnte.

## Ungarn

In Ungarn bleibt die **Corona Lage weiterhin angespannt**. Das Land verzeichnete per 15. Dezember insgesamt **283.870 Fälle**. Die Zahl der Infektionen lag mit 3.470 am 14. Dezember weiterhin auf einem hohen Niveau. Das Land verzeichnet bereits seit Mitte August eine steigende Zahl von Corona-Fällen.

Mercedes-Benz hat angekündigt, im Werk **in Kecskemét ab 2021 das vollelektrische Modell EQB** zu produzieren. Rund 140 Millionen sollen zusätzlich in den Standort investiert werden. Der für Außenwirtschaft zuständige Minister Péter Szijjártó bezeichnete die Entscheidung als „**riesigen Erfolg**“ für **Ungarn im globalen Wettbewerb**. Die ungarische Regierung unterstütze das Projekt mit rund 40 Millionen Euro. Der EQB soll in Kecskemét ab dem vierten Quartal vom Band laufen, die „pilot line“ ist bereits angelaufen.

## Slowakei

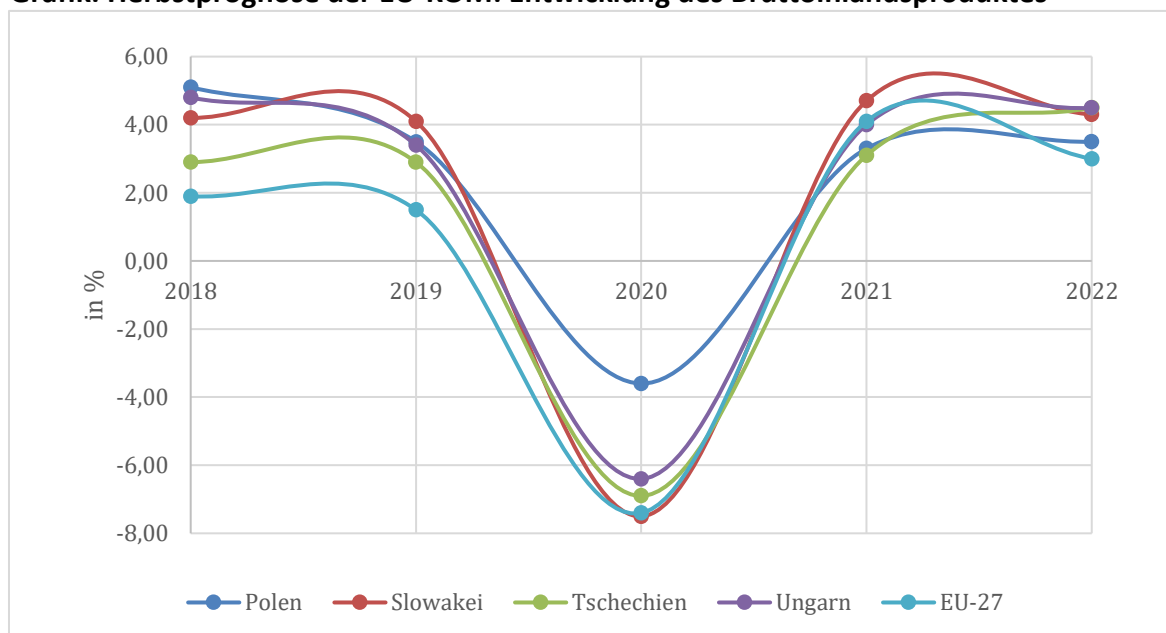
In der Slowakei gestaltet sich die Lage ähnlich wie im Nachbarland Ungarn. Zwar schwanken die **Fallzahlen** relativ stark, doch eine Entspannung der Lage ist auch trotz Massen-Anti-Genests nicht in Sicht. Per 15. Dezember wurden in dem Land 133.489 Fälle registriert. Am 12. Dezember wurde mit 3.707 Neuinfektionen ein neuer Höchstwert gemessen.

Der Virologe Christian Drosten kommentierte das Testen der slowakischen Bevölkerung in seinem [Podcast](#).

## Konjunktur

Die **EU-Kommission rechnet in ihrer Herbstprognose mit einer V-Erholung** in den Ländern Mittelosteuropas. Die folgende Grafik verdeutlicht die erwartete wirtschaftliche Entwicklung in Polen, der Slowakei, Ungarn und Tschechien. Besonders **Polens Wirtschaft erweist sich als besonders widerstandsfähig**. Im kommenden Jahr dürfte die Slowakei das höchste Wachstum in Mittelosteuropa verzeichnen.

**Grafik: Herbstprognose der EU-KOM: Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes**



Quelle: [https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip\\_20\\_2021](https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/ip_20_2021)

## Veranstaltungsnachlese

Vor 25 Jahren, am 7. Juli 1995 begründeten der damalige Bundeskanzler Kohl und sein polnische Kollege Ministerpräsident Jozef Oleksy die Deutsch-Polnische Industrie- und Auslandshandelskammer. Damals belief sich der bilaterale Warenaustausch auf umgerechnet 12,8 Milliarden Euro.



Der Ost-Ausschuss erinnert sich gerne an die Gründung der AHK Polen. Erste Pläne zu ihrer Gründung waren bereits am historischen 9. November 1989 bei der legendären Kohl-Reise nach Warschau besprochen worden. Es folgte 1991 die Gründung einer ersten Delegation der Deutschen Wirtschaft, die der damalige OA-Geschäftsführer Karl-Hermann Fink tatkräftig unterstützte, indem er beispielsweise beim Finden geeigneter Räumlichkeiten in Warschau behilflich war. Das historische Foto zeigt die Feier zur Eröffnung der Delegation im Warschauer Königsschloss am 17.6. 1991 mit Fink als Redner (Foto: Ireneusz Radkiewicz/OA-Archiv).



25 Jahre später zählt Polen zu den fünf wichtigsten Handelspartnern Deutschlands – der Beitrag der AHK zu diesem Ergebnis ist nicht zu unterschätzen. Vor diesem Hintergrund ist es kaum überraschend, dass die Regierungschefs Polens und Deutschlands – Angela Merkel und Mateusz Morawiecki - Grußworte bei der diesjährigen Jubiläumsfeier am 17. November 2020 sprachen. Auch der Vorsitzende des Ost-Ausschusses Oliver Hermes gratulierte und nahm aktiv am digitalen Panel zum Thema „Nachhaltigkeit“ teil.

Weiterführende Informationen finden Sie [hier](#) und [hier](#).

Germany Trade & Invest stellt die Aufzeichnung des letzten Webinars „Wege aus der Corona – Ausblick für Polen, Tschechien, Slowakei und Ungarn“ online unter diesem [Link](#) zur Verfügung.

### +++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen +++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Partnerländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen 13 Arbeitskreisen zu Ländern und Branchen und rund 150 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. **Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten** und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft!

Weitere Informationen zu den **Konditionen einer Mitgliedschaft** finden Sie [hier](#). Für alle Ihre Fragen wenden Sie sich gerne an: Almut Wetjen, [A.Wetjen@oa-ev.de](mailto:A.Wetjen@oa-ev.de), Tel.: 01577-3423 612.

Welche Bestimmungen die Partnerländer des OA mit Blick auf das Corona-Virus erlassen haben, können Sie unserem **Corona-Dossier** entnehmen, das wir ständig aktualisieren. Dort finden Sie als pdf-Datei auch eine Wochenübersicht zur Entwicklung der Infiziertenzahlen in unserer Region: <https://www.ost-ausschuss.de/de/corona-mittel-und-osteuropa>.

Besonders in der Corona-Krise stehen wir im engen Austausch mit den **deutschen Auslandshandelskammern** in Bratislava, Budapest, Prag und Warschau. Unsere Kollegen stellen auf ihren Webseiten detaillierte Informationen zur Verfügung. Diese finden Sie unter folgenden Links:

- [Polen](#)
- [Slowakei](#)
- [Tschechien](#)
- [Ungarn](#)

Weitere **Hintergrundinformationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#) auf [Facebook](#), [LinkedIn](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

## Kontakt

---

Die Arbeit der Ost-Ausschuss-Regionaldirektion Mittelosteuropa konzentriert sich derzeit auf das Monitoring der staatlichen Maßnahmen in der Region sowie das Bearbeiten der Anliegen von Mitgliedsunternehmen. Dazu bieten wir auch regelmäßige Video-Konferenzen an. Bitte zögern Sie nicht, sich mit Ihren Anliegen an uns zu wenden!

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Mittelosteuropa (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) kontaktieren Sie bitte:



**Adrian Stadnicki**

Regionaldirektor Mittelosteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-138

E-Mail: [A.Stadnicki@oa-ev.de](mailto:A.Stadnicki@oa-ev.de)



**Sarah Guhde**

Sekretariat Regionaldirektion Mittelosteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: [S.Guhde@oa-ev.de](mailto:S.Guhde@oa-ev.de)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

**Presse-Kontakt:** Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Andreas Metz  
Tel.: +49 (0)30 206167-120  
E-Mail: [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)